

**Einfache Anfrage Sulzer-Wil / Simmler-St.Gallen:****«Für die Ostschweiz das Auto, für die Westschweiz den Zug: Quittung für die falschen Prioritäten der Regierung?»**

Am 28. Januar 2026 kommunizierte der Bundesrat die Eckwerte für den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur bis ins Jahr 2045. Während die dritte Röhre des Rosenberg隧nels samt Güterbahnhof-Anschluss mit Planungshorizont 2045 realisiert werden soll, werden beim Bahnausbau in der Ostschweiz wichtige Projekte gestrichen. Bis ins Jahr 2045 sieht der Bundesrat kein einziges Eisenbahn-Grossprojekt in der Ostschweiz vor. Sogar vom Parlament bereits beschlossene Massnahmen sollen nicht realisiert werden. Auf das einzige grosse Ostschweizer Bahnprojekt, den Ausbau der Bahnstrecke St.Gallen-Winterthur, soll entgegen den ursprünglichen Plänen verzichtet werden. St.Gallen als Vollknoten im Taktfahrplan gerät in Gefahr. Das ist ein verheerendes Zeichen für die Weiterentwicklung des Wohn- und Wirtschaftsstandorts St.Gallen.

In den letzten Monaten dominierte der Grundsatzstreit rund um das St.Galler Autobahnprojekt. Die Regierung wurde nicht müde, immer wieder gegenüber Rat und Öffentlichkeit ihre Unterstützung für den Autobahnausbau kundzutun und setzte sich vehement beim Bund dafür ein. Auch jetzt zeigt sie sich öffentlich hoch erfreut über die Neuigkeiten aus Bern. Dabei scheint sie nach wie vor völlig ausser Acht zu lassen, wie zentral der Schienenausbau für die Ostschweiz ist. Die einseitige Priorisierung des Autobahnprojekts und die Vernachlässigung der Schienenprojekte rächt sich jetzt. Während sich die Westschweizer Politik über einen massgeblichen Ausbau der Bahninfrastruktur freuen kann, droht die Ostschweiz abgehängt zu werden.

Es braucht jetzt einen Effort, diese Entwicklung zu korrigieren – mindestens so lautstark wie beim von der Regierung intensiv verfolgten Autobahnausbau. Der laut geführte «Grabenkampf» um den Autobahnanschluss von politischen Akteuren, ist keineswegs eine Rechtfertigung, den wichtigen Bahnausbau politisch zu vernachlässigen.

Wir bitten die Regierung um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie ordnet die Regierung die vom Bundesrat präsentierten Pläne betreffend Bahnverkehr bis ins Jahr 2045 ein? Welche Konsequenzen erwartet sie für die Entwicklung von Stadt und Kanton St.Gallen?
2. Was hatte die Regierung unternommen, um sich für die Ausbauprojekte im Ostschweizer Bahnverkehr beim Bund stark zu machen?
3. Was gedenkt die Regierung zu unternehmen, um eine Überarbeitung der Pläne des Bundesrats betreffend Schienenverkehr zu erwirken?
4. Welche vom Parlament bereits beschlossenen Massnahmen in der Ostschweiz drohen nicht umgesetzt werden zu können?
5. Welche Bahninfrastrukturprojekte in der Ostschweiz bis ins Jahr 2045 sind für die Regierung zentral?
6. Wird die Regierung ihre Prioritäten überdenken, und Schienen- und Strassenausbau in Zukunft mit gleicher Vehemenz vorantreiben?»

29. Januar 2026

Sulzer-Wil  
Simmler-St.Gallen